

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
für die StädteRegion Aachen**

## CDU verlässlicher Partner für die Kommunen

Einige Schlagzeilen der letzten Tage haben behauptet, dass Bundesminister Schäuble seine Haushaltssanierung zu Lasten der Kommunen plane. Weiter weg von der Wirklichkeit kann man kaum sein, die Fakten sprechen eine völlig andere Sprache. Durch unsere Politik haben wir bereits in der vergangenen Wahlperiode bewiesen, dass wir verlässliche Partner für die Städte und Gemeinden sind. Erinnerung sei neben den Maßnahmen zum Kita-Ausbau oder im Rahmen der Konjunkturpakete nur daran, dass der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernimmt. Diese größte kommunale Entlastung in der Geschichte der Bundesrepublik summiert sich auf 20 Milliarden Euro allein im Zeitraum 2012 bis 2016. Ab diesem Jahr werden diese Ausgaben voll vom Bund getragen, was die Kostenträger vor Ort noch einmal um 1,1 Milliarden Euro entlastet.

Der Koalitionsvertrag für diese Wahlperiode sieht weitere Maßnahmen vor, die die Kommunen deutlich entlasten. Im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz ist im Bundeshaushalt ab 2015 jährlich eine Milliarde Euro eingestellt. Mit Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes erhalten die Kostenträger vor Ort 5 Milliarden Euro jährlich für die Eingliederungshilfe. Auch bei den zusätzlichen 6 Milliarden Euro zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen werden wir sehr genau auf eine gerechte Aufteilung der Mittel zwischen Ländern und Kommunen achten.

Es ist die verfassungsrechtliche Aufgabe der Länder, die kommunale Finanzausstattung ihrer Kommunen sicherzustellen. Also erwarten die Menschen zu Recht, dass die Länder die zusätzlichen Spielräume der Kommunen nicht dadurch wieder einengen, indem sie etwa ihre Zuweisungen für Investitionen immer weiter senken.

## Bürgersprechstunde am 26. März in Simmerath

Am Mittwoch, den 26. März 2014 findet von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Gemeinde Simmerath, Besprechungszimmer (Raum 100, 1. Etage) meine nächste Bürgersprechstunde statt. Sie sind alle herzlich eingeladen, sich mit Ihren Fragen und Anliegen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Sehr geehrte Damen  
und Herren,  
liebe Freunde!



Mit großer Sorge verfolgen wir weiterhin die Entwicklung in der Ukraine. Die russische Staatsführung hat mit ihrem völkerrechtswidrigen Vorgehen auf der Krim Fakten geschaffen, unter deren Eindruck Europa nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Wir alle spüren, dass wir der Außenpolitik wieder größeres Gewicht werden einräumen müssen. Viele Themen der innenpolitischen Diskussionen verlieren angesichts der grundsätzlichen Herausforderung durch das russische Vorgehen in unserer Nachbarschaft an Bedeutung. Sprechen wir mit den Menschen darüber. Senden wir das Signal der Geschlossenheit und der Solidarität.

In solchen Zeiten muss man eine klare Haltung haben, man muss sie offen aussprechen und entsprechend unbeirrt handeln. Wir wissen uns mit unseren transatlantischen und europäischen Freunden einig, wenn wir den russischen Völkerrechtsbruch als Völkerrechtsbruch bezeichnen. Wir verfallen aber nicht in die Reflexe früherer Jahrzehnte, sondern setzen auf die Problemlösungswege des 21. Jahrhunderts. Für uns scheiden militärische Maßnahmen daher selbstverständlich aus. Wir werden aber alle Mittel anwenden, die der Völkergemeinschaft darüber hinaus zur Verfügung stehen. Uns ist klar, dass in einer wirtschaftlich vernetzten Welt Sanktionen nicht nur eine Seite treffen. Wir sind bereit, diesen Preis zu zahlen. Die ersten Beschlüsse der EU dazu sprechen eine deutliche Sprache.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr  
Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
für die StädteRegion Aachen**

## Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „NSA“

Abhörpraktiken von Nachrichtendiensten befreundeter Staaten in Deutschland haben eine intensive Diskussion über Art und Umfang dieser Aktivitäten ausgelöst. Wir belassen es nicht bei der Diskussion dieser Vorgänge, sondern setzen in dieser Woche einen Untersuchungsausschuss „NSA“ ein, der u.a. feststellen soll, ob und wie Kommunikationsdaten von, nach und in Deutschland erfasst wurden und ob Stellen des Bundes davon wussten oder daran beteiligt waren.

Für den Untersuchungsauftrag lagen zwei Anträge vor, die durch intensive Beratungen im Geschäftsordnungsausschuss zu einem gemeinsamen, von allen Fraktionen getragenen, Text zusammengeführt werden konnten. Die Koalitionsfraktionen sind dabei der Opposition entgegengekommen, ohne aber die Verhältnismäßigkeit des Untersuchungsauftrages aus den Augen zu verlieren. Mit Blick auf die Bestimmtheit und Verfassungsmäßigkeit des Untersuchungsauftrags war es gut und richtig, dass der Geschäftsordnungsausschuss so intensiv über die Texte beraten hat.

Angesichts der Sensibilität des Themas – sowohl mit Blick auf den Schutz der Bürgerrechte als auch auf die für die Sicherheit in unserem Land notwendige internationale Zusammenarbeit – begrüßen wir es, dass sich alle Fraktionen im Deutschen Bundestag auf einen gemeinsamen Untersuchungsauftrag verständigt haben. Der Ausschuss wird seine Arbeit im April aufnehmen können.

## Ältere heute stärker am Erwerbsleben beteiligt

Im Jahr 2012 war der Anteil der am Arbeitsmarkt aktiven 60- bis 64-Jährigen fast doppelt so hoch wie noch 2002: Waren damals nur 25,1 Prozent der Menschen in dieser Altersgruppe erwerbstätig oder als erwerbslos registriert, so sind es heute 49,6 Prozent. Besonders Frauen konnten ihre Beteiligung am Erwerbsleben in diesem Zeitraum steigern: Von 16,4 Prozent im Jahr 2002 auf rund 40,9 Prozent zehn Jahre später. Bei den Männern legte die Erwerbsbeteiligung von 34,0 auf 58,6 Prozent zu.

Zugleich hat sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter im Zehnjahresvergleich um knapp zwei Jahre nach hinten verlagert. Beschäftigte, die im Jahr 2011 ihre Erwerbstätigkeit wegen Ruhestands aufgegeben haben, waren im Mittel 61,1 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor betrug das Durchschnittsalter noch 59,3 Jahre. Die Zahlen stammen vom Statistischen Bundesamt.

## Betreuungsgeld für fast 65.000 Kinder ausgezahlt

Laut Statistischem Bundesamt wurden von der Einführung zum 1. August bis zum 31. Dezember 2013 insgesamt 64.877 Anträge auf Betreuungsgeld bewilligt und die neue Leistung des Bundes für Eltern ausgezahlt. Einen



deutlichen Unterschied bei der Inanspruchnahme kann man zwischen Ost- und Westdeutschland erkennen: Während in den neuen Ländern Eltern das Betreuungsgeld im Schnitt für 13,1 Monat beantragen, waren es im Westen 19,7 Monate.

Insgesamt kann Betreuungsgeld bis zu 22 Monate lang bezogen werden. Für diese Gesamtdauer haben sich im Betrachtungszeitraum 78 Prozent der Eltern entschieden. Obwohl es bei Elternpaaren nicht darauf ankommt, wer Antragssteller ist, haben hauptsächlich Mütter das Betreuungsgeld bezogen (95 Prozent).

### Impressum:

Ausgabe Nr.: 6

06/14

21. März 2014

### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: [helmut.brandt@wk.bundestag.de](mailto:helmut.brandt@wk.bundestag.de)

Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)